

International

«Die Türkei muss Wiedergutmachung leisten»

Der türkische Historiker Taner Akçam hat erstmals anhand von osmanischen Quellen nachgewiesen, dass 1915 ein Genozid an den Armeniern verübt worden ist. Auf Einladung der parlamentarischen Gruppe Schweiz-Armenien spricht er dazu im Bundeshaus.

Mit Taner Akçam sprach Luciano Ferrari

Die Türkei und Armenien haben 2009 in Zürich vereinbart, eine Historikerkommission einzusetzen, um den Völkermord an den Armeniern zu untersuchen. Braucht es diese Kommission nach Ihrem Buch noch?

Nein, es braucht keine Historikerkommission, um festzustellen, ob es sich bei diesem historischen Ereignis um einen Genozid handelte oder nicht. Ich habe in meinem Buch nachweisen können, wie dieses epochale Verbrechen durch einen Staat, das Osmanische Reich, im Detail geplant und durchgeführt wurde. Daran gibt es keine Zweifel mehr.

Das sieht die Türkei anders.

Wenn es für die Türkei wichtig ist, eine Historikerkommission einzusetzen, um überhaupt die Tatsachen der Vertreibung, Umsiedlung und des damit verbundenen Massenmords an den Armeniern von 1915 akzeptieren zu können, habe ich nichts dagegen. Auch die Schweiz hat eine Historikerkommission beauftragt, die Politik während des Zweiten Weltkriegs zu untersuchen. Das Problem ist nur, dass die Türkei die Kommission nutzen will, um ihre Leugnungs-politik fortzusetzen. Das schafft ein ernsthaftes Vertrauensproblem. Ankara muss deshalb vorab seinen Willen erklären, das Problem zu lösen, bevor eine Kommission eingesetzt werden kann.

Wie viele Menschen sind dem Genozid zum Opfer gefallen? Die Armenier sprechen von 1,5 Millionen. Keiner kennt das genaue Ausmass. Je nach Quelle kommt man auf andere Zahlen. Ich habe in meinem Buch beschrieben, wie der damalige Innenminister des Osmanischen Reichs, Talat Pascha, sich von seinem Ministerium die Zahlen der Deportierten zusammenstellen liess. 2010 wurde dieses «Schwarzbuch» publiziert. Darin sind die Deportationsorte für Ort verzeichnet, und Talat kommt am Ende auf eine Zahl von rund 980 000. Allerdings fehlen darin rund zehn wichtige Städte, und die Beamten halten in einer Fussnote fest, dass die offiziellen Zahlen um rund 30 Prozent zu tief angegeben seien. Die Opferzahl von über 1 Million ist also durchaus realistisch.

In Ihrem Buch schreiben Sie, dass rund ein Drittel der ursprünglich rund 17,5 Millionen Bewohner Anatoliens (Osttürkei) in der Zeit von 1913 bis 1918 von den Deportationen und Massakern betroffen war. Das wären fast 6 Millionen Menschen. Ja, auch diese Zahlen stimmen, und sie verweisen auf den wichtigen Punkt, dass der Genozid an den Armeniern im Rahmen einer gross angelegten Bevölkerungspolitik der osmanischen Behörden gesehen werden muss. Dieses Programm setzte nach den Balkankriegen von 1912 und 1913 ein, in denen das Osmanische Reich einen Teil seines Territoriums aufgeben musste. Aus den verlorenen Balkanregionen kamen Muslime ins Reich zurück, wurden zum Teil von der lokalen Bevölkerung vertrieben. Istanbul wies daraufhin seinerseits die griechische Bevölkerung aus den osmanischen Ägäisgebieten aus oder siedelte sie später in einem Tauschabkommen mit Griechenland um. Nach dem Ersten Weltkrieg beklagte der griechische Premierminister Venizelos, dass rund 300 000 Griechen in diesen Jahren umgekommen seien und weitere 400 000 nach Griechenland flohen.

Die Ausweisung der Griechen war also der Auftakt zur Vertreibung der Armenier?

Genau. Der Genozid an den Armeniern darf nicht als Einzelereignis verstanden werden. Er muss im Zusammenhang mit einem viel grösseren Projekt gesehen werden, die Bevölkerung im verbleibenden Osmanischen Reich zu homogenisieren, ethnisch und religiös gleichmässiger zu verteilen. Das Reich fühlte sich von innen und aussen bedroht und versuchte sich auf diese Weise zu wappnen. Dieser Politik fielen in erster Linie die christlichen Minderheiten zum Opfer, wie Griechen und Armenier, aber auch



Nach einem der türkischen Massaker: Ein mit Leichen gefüllter Graben auf einem armenischen Friedhof (1915). Foto: BPK

«Aserbeidschan gibt Millionen aus, um in der Türkei eine Anti-Genozid-Stimmung zu schüren.»

nicht türkische muslimische Volksgruppen, etwa die Kurden, Bosnier, Albaner und arabische Minderheiten. Assimilation war die Losung: Diese Volksgruppen sollten sich der grossen muslimischen türkischen Mehrheit anpassen.

Der Genozid an den Armeniern war also nicht primär religiös motiviert? Nein, nicht primär. Natürlich wurden die Armenier vertrieben und umgebracht, weil sie Christen waren. Zentral aber war das demografische Ziel, eine homogene Bevölkerung zu schaffen. Die Planer des Osmanischen Reichs in Istanbul waren keine religiösen Fanatiker,

Armenier-Genozid
Zürcher Protokolle sind blockiert

Der Völkermord an Armeniern 1915 in der Osttürkei ist bis heute ein hochumstrittenes Thema in der Türkei. Die Armenier, die ab 301 die christliche Religion annahmten, bildeten den ersten christlichen Staat. Im Zuge des Ersten Weltkriegs liessen die Jungtürken zwischen 800 000 und 1,5 Millionen Armenier im Osten der Türkei ermorden oder schickten sie auf Todesmärsche in die syrische und irakische Wüste. Der Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches hat eine Schuld und den Tatbestand Genozid nie anerkannt. Die türkische Seite behauptet bis heute, die Armenier hätten sich im Krieg auf die russische Seite geschlagen und seien im Zuge von Kriegshandlungen umgekommen. 2009 gelang es der Schweiz, Armenien und die Türkei in Zürich an einen Tisch zu bringen und zwei Protokolle zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und zur Öffnung der Grenzen zu unterzeichnen. Doch die Umsetzung wurde auf Druck von Aserbeidschan blockiert. Eines der eindrücklichsten literarischen Zeugnisse des Schicksals der Armenier wurde Franz Werfels «Die vierzig Tage des Musa Dagh» (1933). Er schrieb den Roman, nachdem er in Damaskus Überlebenden der Todesmärsche begegnet war. (cfr)

sondern in erster Linie Sozialtechniker. Um aber die Unterstützung der muslimischen Bevölkerung zu gewinnen, wurde dann auf die religiöse Karte gesetzt. Die Religion wurde benutzt, um die muslimische Bevölkerung gegen die Armenier, die Ungläubigen aufzuhetzen.

Die osmanische Regierung behauptete im Ersten Weltkrieg auch, die armenische Bevölkerung würde mit den Russen gemeinsame Sache machen und nach einem eigenen Staat streben. Wie realistisch war diese Bedrohung?

Bei allen Massenverbrechen behaupten die Täter, die Opfer stellten eine Bedrohung für ihre Existenz dar. Mit der Realität hatte das allerdings wenig zu tun. Psychologisch und historisch ist dieses Argument aber wichtig. Denn diese Befürchtung ging vor allem auf das Reformabkommen für die Armenier zurück, das 1914 zwischen dem Osmanischen Reich und Russland unterzeichnet worden war. Mit diesem Abkommen sollte die Situation der Armenier in der Türkei verbessert werden. Das russische Zarenreich trat hier als Schutzmacht der orthodoxen Christen auf. In der Forschung hat man das Abkommen bisher wenig beachtet. Es war aber der eigentliche Auslöser für den Völkermord.

Weshalb?

Weil die osmanischen Behörden überzeugt waren, das Abkommen öffne der Gründung eines unabhängigen Armenierstaats Tür und Tor. Denn bereits im 19. Jahrhundert hatte das Osmanische Reich auf diese Weise ein Hoheitsgebiet nach dem anderen verloren. Das Modell war immer das gleiche: Zuerst forderten die Christen rechtliche Gleichbehandlung und soziale Gerechtigkeit. Weil das im osmanischen Staatsverständnis nicht vorgesehen war, rief das regelmässig eine ausländische Schutzmacht auf den Plan, die den Christen beistand und Istanbul ein Reformabkommen aufzwang. Diese Reformabkommen aber waren zum Scheitern verurteilt, weshalb es erneut zu Unruhen und am Ende zu einer Abspaltung und Unabhängigkeitserklärung der betreffenden Territorien kam. Dieses Muster hatten die osmanischen Behörden auch beim Reformabkommen von 1914 vor Augen, und sie waren ent-

schlossen, in diesem Fall durch die Vertreibung und Umsiedlung der Armenier einen anderen Ausgang zu erzwingen.

Was sagen Sie zum Argument der heutigen türkischen Regierung, dass sie nicht für die Verbrechen des Osmanischen Reichs verantwortlich gemacht werden könne?

Ich kann damit leben. Nur sollte die Türkei konsequent sein und damit auch anerkennen, dass die Ereignisse von 1915 ein grosses Verbrechen waren, das gesühnt werden muss. Die Republik Türkei schützt mit ihrer Gesetzgebung bis heute die Konfiszierung der armenischen Vermögen. Wenn die Türkei behauptet, dass sie nichts mit dem Genozid an den Armeniern zu tun hat, muss sie zuerst die historischen Tatsachen anerkennen und dann den beschlagnahmten Besitz zurückerstatten oder entschädigen.

Plädieren Sie für eine Form von Wiedergutmachung?

Taner Akçam
Türkischer Genozid-Experte



Der Historiker Taner Akçam (59) lehrt an der Clark University in Worcester (Massachusetts). Akçam weilt auf Einladung der NGO Christian Solidarity International in der Schweiz. Heute Mittwoch spricht er im Rahmen einer Reihe von Vorträgen auch in Zürich, um 18 Uhr im Hotel Glockenhof (Anmeldung unter Hildegard.Behr@csi-int.org). Am Donnerstag wird er in Bern einen Vortrag halten über den «Völkermord an den Armeniern und die wachsende Wahrnehmung in der Türkei». Akçam wurde 1976 in der Türkei wegen seiner politischen Aktivitäten zu 10 Jahren Haft verurteilt und floh nach Deutschland. Dort arbeitete er für Amnesty International und ab 1988 am Hamburger Institut für Sozialforschung. In seinem neuen Buch hat er den Armenier-Genozid anhand von osmanischen Quellen nachgewiesen: The Young Turks' Crime Against Humanity. The Armenian Genocide and Ethnic Cleansing in the Ottoman Empire, Princeton University Press, 49.90 Fr. (ff)

Ja, aber das muss nicht unbedingt finanziell sein. Die Türkei könnte auch ihre Grenzen und Häfen für den Handel mit Armenien öffnen, soziale Hilfsprojekte anbieten oder andere Wege finden, um Wiedergutmachung zu leisten.

Wie reagiert die Türkei auf Ihre Forschungsergebnisse und Forderungen?

Am Anfang hat man mich nicht ernst genommen, als externen Eigenbrötler abgestempelt oder als alten Linken, der sich an seinem Land rächen wollte. Inzwischen werden meine Forschungsergebnisse in akademischen Kreisen anerkannt. Ich kann in allen Zeitungen oder elektronischen Medien publizieren und Interviews geben. Aus Sicherheitsgründen meide ich allerdings Livesendungen in der Türkei.

Mittlerweile gibt es auch andere türkische Historiker und Soziologen, die Ihre Positionen teilen.

Ja, als wir 2005 eine erste Konferenz zum Armenier-Genozid in der Türkei organisierten, war das eine Sensation. Heute finden jedes Jahr drei oder vier solche Konferenzen statt, ohne dass es für Aufregung sorgt. Die Ermordung des armenischen Journalisten Hrant Dink 2007 war ein Wendepunkt in der ganzen Debatte um die Armenienfrage in der Türkei. Seither kann man viel offener darüber sprechen.

Hat sich auch die Haltung der türkischen Regierung geändert?

Die Regierung Erdogan verfolgt eine Doppelstrategie: Zum einen sucht sie den Kontakt zur armenischen Diaspora, etwa in den USA. Der türkische Aussenminister hat erklärt: «Die armenische Diaspora ist unsere Diaspora.» Armenier und Türken hätten während des Kriegs gelitten. Man wolle gemeinsam trauern. Diesen versöhnlichen Tönen steht zum anderen - vor allem unter dem Einfluss Aserbeidschans - eine Radikalisierung in der Leugnungs-politik gegenüber.

Welche Rolle spielt Aserbeidschan?

Es ist durch den Gebietskonflikt um die armenische Enklave Berg-Karabach ins Spiel gekommen. Das an Öl und Gas enorm reiche Land gibt Millionen aus, um in der Türkei eine Anti-Genozid-Stimmung zu schüren. Aserbeidschan bezeichnet das Massaker von 1992 an 600 Zivilisten im Dorf Kocali in Berg-Karabach seinerseits als Genozid und rechnet diesen Völkermord mit jenem von 1915 auf. Im Februar dieses Jahres erinnerten 20 000 Menschen in Istanbul an das Kocali-Massaker und riefen zum Rassenhass gegenüber den Armeniern auf. Die Demonstration wurde von einem reichen aserbeidschanischen Geschäftsmann finanziert. Das war ein Schock für mich. Zumal die türkische Regierung die Kundgebung unterstützt hat. Der Innenminister hielt sogar die Hauptrede und verkündete vor den versammelten Ultrationalisten und Faschisten, dass das Blut, das in Berg-Karabach vergossen wurde, dereinst gerächt werden soll.

Wohin führt diese Doppelstrategie der türkischen Regierung?

Ich denke, dass die Beziehungen zwischen Armenien und der Türkei bis 2015 blockiert bleiben. Am 24. April 2015 jähren sich die Deportationsbefehle der Jungtürken, die die systematische Verfolgung der Armenier einleiteten, zum 100. Mal. Bis zu diesem Datum würde jedes Eingeständnis vonseiten der Türkei als Schwächezeichen ausgelegt, sodass sich Ankara hüten wird, Konzessionen zu machen. Ab dem 25. April 2015 aber könnten wir eine gewisse Annäherung erleben, denn die Türkei sucht eine neue Rolle im Nahen Osten: Das Land will als Vermittler und Modell eines islamisch-demokratischen Staats auftreten. Dazu muss es aber eine Voraussetzung erfüllen: das Vertrauen der Christen in der Region gewinnen, vor allem etwa im Libanon, in Syrien oder in Ägypten. Ohne deren Unterstützung kann die Türkei nicht zur Leaternation im Nahen Osten aufsteigen. Das heisst wiederum, dass die Armenienfrage geregelt werden muss. Vielleicht ist das der Moment, in dem die Zürcher Protokolle doch noch umgesetzt werden.